

Das Polnische beunruhigt und mit Absicht Deutlich-
land zur Katastrophe treiben will. Die Frage
ist nur noch, ob und wann ihm bei diesem Anstos-
se die übrige Welt in den Arm fallen wird.
Davon, ob dies noch rechtzeitig genug geschieht,
hängt heute das Schicksal Europas ab.

Ablehnung der Ausgleichsforderung.

Berlin, 31. Juli. Die heutige Chefbespre-
chung über die Beantwortung der Ausgleichsfor-
derungen führte noch nicht zu einem endgültigen
Ergebnis, wenngleich die Antwort auf Poincares
Note im Uhrwerk entworfen wurde. Nachdem sich
das Kabinett mit den Grundrissen der deutschen
Antwortnote einverstanden erklärt hatte, wird
abends nochmals eine Chefbesprechung stattfinden,
um die Form der Note zu ergänzen. Diese soll
morgen nach Paris abgehen. Sie lehnt die fran-
zösischen Forderungen ab und bleibt bei dem An-
gebot von 500 000 Pfund an Stelle der geforderten
2 Millionen. Man hofft nach wie vor, daß die
anderen Alliierten sich auf dieser Grundlage mit
Deutschland verständigen werden.

Die englische Ausgleichsnote.

Berlin, 31. Juli. Die heute eingegangene,
an den deutschen Botschafter in London gerichtete
Antwort der englischen Regierung auf die
deutsche Note vom 14. 7. 1922 wegen Barzahlun-
gen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. 7.
und lautet wie folgt: Ich beehre mich, den Em-
pfänger der Note zu beglückwünschen, daß er die
Forderungen, welche sich auf die Zahlungen beziehen,
zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Aus-
gleichsbankern und nach Abschnitt 4 des Teiles X
aus dem Vertrag von Versailles verpflichtet ist,
die Regierung seiner Majestät nimmt an, daß
die gleiche Note an die anderen beteiligten Re-
gierungen gerichtet worden ist und beabsichtigt,
die in Ihrer Note aufgeführten Fragen baldigst
mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern,
um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den
anderen alliierten Mächten der deutschen Re-
gierung Antwort zu erteilen.

Die Antwort der belgischen Regierung.

Berlin, 1. August. Aus der französischen
Regierung hat nunmehr auch die belgische Re-
gierung auf das deutsche Stundungsgesuch für die
Ausgleichszahlungen und Zahlung aus den ge-
richtlichen Schiedsgerichten geantwortet. Sie hat
folgendes Wortlaut: Die belgische Regierung
wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der
zu zahlenden Entschädigungssummen sowie über
den Antrag auf Gewährung eines Moratoriums
äußern. Sie bekräftigt schon jetzt ihren Willen,
den Reparationszahlungen gemäß dem Vertrag
das Vorrat vor allen übrigen Forderungen des deut-
schen Reiches zu geben.

Die deutsche Note an Frankreich abgesandt.

Berlin, 1. August. Gestern abend wurde
die deutsche Note an Frankreich telegraphisch nach
Paris gesandt, damit sie im Laufe des morgigen
Tages überreicht werden kann.

Aus dem Auslande.

Frankreich.

**Verhandlungen zwischen Frankreich und
England.**
Paris, 1. August. Über die Nachrichten von
bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frank-
reich und England erfahren wir, daß diese nun
beschlossen worden sind. Poincare hat den ge-
ordneten Herrscher den Vorschlag und die Führer
der nach Ausland zu entsendenden Mission ange-
tragen.

Polen.

**Der freie Transitverkehr durch den polnischen
Korridor.**

Danzig, 1. August. In Angelegenheit der
im April 1921 zwischen Danzig und Polen ein-
gesetzten und ausland andererseits abgeschlossenen
Convention über den freien Transitverkehr zwi-
schen Danzig und dem übrigen Deutschland
ist ein Schiedsgerichtshof zur Schlichtung aller
bei der Ausführung der Convention sich er-
gebenden Streitfragen errichtet worden. Dieser
Schiedsgerichtshof wird seinen Sitz in Danzig
haben. Wie die Z. u. erfährt, ist für Danzig als
Vertreter der Oberregierungsrat Dr. Brücker in
Auslicht genommen. Der polnische Richter im
Schiedsgerichtshof wird der Vizepräsident im
Danziger Eisenbahnmuseum, Franz Mos-
kwa sein. Der deutsche Richter ist noch nicht be-
kannt. Über die Person des den Vorsitz führen-
den Oberrichters schweben noch Verhandlungen
zwischen Polen und Deutschland.

Das mutmaßliche Kabinett Nowak.

Warschau, 1. August. Nach der „Gazeta War-
sawskaja“ wird das mutmaßliche Kabinett Now-
ak sich folgendermaßen zusammensetzen: Mini-
sterpräsident Nowak, Außenminister Kuratowicz,
Finanzminister Jozefowski, Innenminister
Kaminski, Kultusminister Chlamatacz, Eisen-
bahnminister Marinkowski, Arbeitsminister Da-
rowski, öffentliche Arbeiten Rybnicki, Justizmini-
ster Panek oder Wroblewski, Kriegsminister So-
kolski, Gesundheitsminister Chodski, Handels-
minister Straßburger, Postminister Dabrowski,
oder Stelcowicz.

Italien.

Wiederkehr Factas?

Neue Betragung mit der Kabinettsbildung.
Paris, 31. Juli. Man versichert, daß Facta
amlich den Auftrag erhält, das Kabinett zu bil-
den. Facta bezieht sich seine Antwort vor.
Rom, 31. Juli. Der König empfing heute
die Bildung des Kabinetts anbot, die Facta be-
zieht sich die Antwort vor. In parlamentarischen
Kreisen verläutet, daß die Facta trotz geringer
Reizung die Aufgabe nicht ablehnen werde, um
die Lage zu klären. Der Versuch der Factas wird
als sehr schwierig bezeichnet, da noch tiefe Gegen-
sätze die politischen Parteien trennen. Aber er
habe wenigstens die Genehmigung, aus den Ereig-
nissen zu erkennen, daß die gegen ihn gerichtete
Kritik gänzlich ungerechtfertigt gewesen seien.
Wenn es, wie man glaubt, zur Entscheidung
kommen sollte, wird die Facta, wie man als sicher
annahmt, ein Kabinett mit den Demokraten, der
Katholischen Volkspartei und der Rechten unter
Beibehaltung mehrerer bisheriger Mitarbeiter
und des früheren Programms bilden.

Die Geißel von Versailles.

Benderlip-Ritti-Thomas — drei Urteile gegen den Gewaltfrieden.

Die Not Europas, auf höchste gesteigert in
seinem Drogen: Deutschland hat weniger ein-
stigen Männern des ehemaligen Feindbundes
längst die Augen geöffnet. Zwar werden ihrer
saum oder gar nicht mehr, und das Hegege-
der vielen großen und kleinen Poincares, die er-
folgreiche Taktik Lloyd Georges haben noch nichts
andres erreicht, als daß das Tempo des deutschen
Wirtschaftsgerates immer schneller wird; diese
wenigen aber wiederholen ihre Warnungen im-
mer dringender. So hat Benderlip seinen Ein-
drücken über Europas Unglück und seiner Ur-
heber Blindheit ernste Worte in einem Kabel-
telegramm verliehen, das die „Tägl. Rundschau“
zu veröffentlichen in der Lage ist. Es heißt
darin:

Gevaltfriede wurde in Paris geschlossen.

Dieser Friede entbehrt jeden Atoms von Gerech-
tigkeit und jeder Hoffnung auf Brüderlichkeit.
Es handelt sich um

Ökonomische Missionen

von den weittragenden Folgen. Frankreich
war ein bedauernswertes Opfer des Krieges.
Aber heute ist es ein bedauernswertes Opfer sei-
ner Friedensmissionen. England erkennt die Si-
tuation, weil der Friede wirtschaftlich Unmög-
liches verlangt, versteht, daß kein eigenes Besie-
gen in hohem Maße von einer Gesundung ab-
hängt, und ist heute bereit, mentagst einen Teil
aller der Fehler von Paris zu beseitigen und Eu-
ropa in den Stand zu setzen,

von neuem anzufangen.

Wenn die beiden Staatsmänner keine wirklich
durchführbare Verständigung finden, welche zum
Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Europas
führt, so bedeutet dies in meinen Augen die
schwerste Gefahr. Die Folgen werden sicher-
lich soziale Unruhen sein. Ich glaube, diese Ge-
fahren drohen Deutschland, wenn nicht schon in
den nächsten Monaten Hilfe kommt. Ob jedoch
die deutsche Gewalt in den Händen des Zen-
trums, der Linken oder Rechten liegt,

keine Regierung kann die ökonomischen Schwierigkeiten aus dem Wege schaffen, an deren Abgrund sich Deutschland befindet.

Ich glaube, daß die Folgen seitens der englischen
Staatsmänner mit großer Klarheit gesehen wer-
den. Was ich für den wahren Grund der Halb-
tätigkeit britischen Aktionsgeistes halte, das gab
mir den größten Schlag von allem, was ich in
Europa kennen gelernt habe, nämlich das Bull-
doggen-England fürchtet sich heute vor einem
Bruch mit Frankreich. Bulldoggen-England hat
800 000 verschiedene Gründe für seine Furcht vor
der französischen Seemacht. Denn Frank-
reich hat heute die allgerötete Armee der Welt.
Will Amerika dies mit geschlossenen Augen sehen,
oder will es den Tatsachen ins Gesicht blicken,
noch untätig bleiben?

Amerika könnte wohl der Retter Europas
sein.

Die Möglichkeit für eine solche Lösung ist ge-
nau so gegeben, wie die, daß in der Konferenz
zwischen Lloyd George und Poincare schnell eine
Verständigung gefunden wird, die die Situation

Ritti gegen den Kriegsgeißel.

Berlin, 1. August. Der ehemalige italie-
nische Ministerpräsident Ritti äußert sich im
„Berliner Tageblatt“ über die Finanzen der eu-
ropäischen Staaten. Er schreibt:

Außer Großbritannien nähert sich kein Land
Europas dem Budgetgleichgewicht. Alle geben zu
viel aus und haben höchst ungeordnete Finanzen.
Das durch den Friedensvertrag den zwecklosesten
Schikanen unterworfen, gelähmte, täglich grund-
los in seiner Würde beleidigte Deutschland lei-
det an einer geradezu paradoxen Finanzlage. Der
Ruin der deutschen Finanzen rührt fast aus-
schließlich von den Maßnahmen des Versailler
Vertrages her. Keine ernsthafte Person glaubt,
Deutschland könne bedeutende Entschädigungen
zahlen, nachdem man ihm sein Eisen zu vier
Fünfteln und seine Handelsflotte weggenommen
und seine großartige Handelsorganisation im
Ausland zertrümmert hat. Die Absicht der
Schöpfer des Vertrages war, Deutschland nieder-
zuwerfen, zu erhitzen und zu zerschüttern.

Aber auch die Finanzen der Siegerländer ver-
schlechtern sich täglich. Man hat noch neuen
Abenteuern und Missionen nach. Frankreich hat
800 000 Mark unter Waffen, doppelt so viel als
vor dem Kriege! Sein Devisenbudget übersteigt
das eines jeden anderen Landes im letzten Jahr-
hundert. Bis hier hat das zum Teil Deutschland
bezahlt durch die Kosten der Rheinbesetzung, aber
es ist klar, daß auf diese Weise Deutschland nicht
aus Entschädigungen zahlen kann. Der Haupt-
teil der militärischen Kosten muß also von Frank-
reich selbst getragen werden. Tatsächlich nimmt
seine Staatsschuld täglich zu. Italien hat getan,
was in seinen Kräften stand, um seine Einnahmen
zu steigern, aber seine Ausgaben nicht her-
abgesetzt. Großbritannien hat seine Ausga-
ben eingeschränkt. Europa und Amerika besitzen
eine Menge Produktionsmittel, die weit ausre-
ichen, als für eine Konsumfähigkeit. Amerika
leidet an Überproduktion. Deutschland, der Re-
gulator des mitteleuropäischen Handels, ist ru-
iniert! Die finanzielle Unordnung der Staaten
des europäischen Kontinents nimmt nicht ab, weil
der Kriegsgeist andauert. Es gibt nur eine Hoff-
nung, daß die ansehnlichen Länder eine große
Politik des Friedens einleiten und den Frieden
mit derselben Gewalttätigkeit diffundieren, mit der sie
einen Sieg diffundieren haben.

Dr. Engländer Thomas vernichtet gleichfalls die Gewaltpolitik.

London, 1. August. Der Arbeiterführer
Thomas sagte gestern in einer Rede in Leyton
u. a.: Die Lage in Deutschland sei mehr als ge-
fährlich. Wenn die Kommunisten oder Monar-
chisten aus Ruher kämen, so würde die Zivilisa-
tion über die Demokratie die Folgen tragen. Die
Alliierten seien der verbliebenen Politik Frank-
reichs gefolgt und das habe zu dem gegenwär-
tigen Unheil geführt. Diese Politik müsse auf-
hören, nicht nur weil sie zu einem Krieg führen
würde, sondern weil es kein anderes Mittel gebe,
die große Arbeitslosigkeit in England zu be-
seitigen.

Die Vorgänge im Orient.

Paris, 1. August. Zu den neuesten Ereignissen
auf dem Balkan schreibt der „Matin“: Wenn
Griechenland klar seine Wünsche ausspreche, so
sprächen diese zweifellos bei den Operationen in
Thrazien mehr aus Gründen der inneren Poli-
tik, als aus strategischen Gründen. Konstantin,
der nicht wisse, wie er aus dem Kriege heraus-
kommen solle, ohne dabei den Thron zu lassen,
soll bereits dem Volke sagen wollen, die Türken
zu schlagen, aber die Großmächte, mit denen
Griechenland nicht in Konflikt geraten wolle, wi-
derstehen sich dem. Vielleicht müsse man in der
gleichen Weise die Anrufung der

Autonomie in Smyrna

auslegen.
In der Note Griechenlands an die Alliierten,
wird erklärt, daß die Besetzung Konstantinopels
das einzige Mittel sei, um auf die Türken ein-
zuwirken, damit sie dem Konflikt in Kleinasien
ein Ende bereiten. Die französische Regierung
hat sofort auf die griechische Note geantwortet
und die nachgefragte Genehmigung verweigert.

Eine Telegrammgebung aus Athen besagt, nach
einem Telegramm aus Smyrna wurde dort eine
Massen-Verammlung abgehalten. Gleichzeitig
wurde ein Siedebild Proklamierung wegen Erich-
tung eines autonomen Staates Kleinasien ver-
öffentlicht.

Einer gleichen Meldung aus Konstantinopel
zufolge erklärte die kemalistische Regierung,
wenn die Griechen den Thrazien überließen
würden, würden die kemalistischen Streitkräfte
durch die neutrale Zone von Berlin (bei Venedig)
auf Konstantinopel marschieren.

Die Londoner „Daily Chronicle“ schreibt in
einem Leitartikel, selbstverständlich könnten die
Alliierten

die Besetzung Konstantinopels
durch die Griechen nicht dulden, indessen müsse
man Verständnis für die Erbitterung haben. Die
Griechen hätten die Friedensvorschlüsse der Al-
liierten angenommen, die kemalistischen nicht. Die
Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten
bedeute zweifellos eine indirekte Unterstützung
der Türken, ferner hätten die Alliierten den Tür-
ken dadurch geholfen, daß sie die Friedensverhand-
lungen nicht genügend gefördert haben; aber die
Wiederaufnahme des Krieges dürfe nicht gedul-
det werden. Es sei daher notwendig, daß die Al-
liierten gemeinsam ernstliche Maßnahmen er-
greifen, um die Lage zwischen den kämpfenden
Parteien ins Gleichgewicht zu bringen, und den
Frieden wiederherzustellen.

London, 1. August. Im Unterhause erklärte
Lloyd George in Erwiderung von Anfragen: Am
20. Juli empfing der englische diplomatische Ver-
treter in Athen eine griechische Note, die sich auf
die Besetzung Konstantinopels durch die griechi-
schen Truppen bezieht. Der britische Vertreter in
Athen habe entsprechend den aus London einge-
gangenen Instruktionen die griechische Regierung
vor den ersten Folgen gewarnt, die ein derarti-
ger Schritt nach sich ziehen würde. Der griechi-
sche Außenminister habe daraufhin die Verfüge-

runge abgegeben, daß die griechischen Streitkräfte
keinesfalls

ohne Erlaubnis der Alliierten
in die neutrale Zone einrücken würden. Die
Handlungsweise der griechischen Regierung sei
offenbar auf den Wunsch zurückzuführen, die Re-
gierung der Orientfrage zu beschleunigen.

Lloyd George erklärte, die Zusammenkunft
der interessierten alliierten Hauptmächte und der
Regierungen Athens, Konstantinopels und An-
goras sei in Aussicht genommen.

Renntwort fragte, ob die britische Regierung
der griechischen gefolgt habe, daß der Versuch, ei-
nen unabhängigen Staat im Bezirk Smyrna zu
errichten, von den Mächten nicht geduldet werden
würde. Hierauf erfolgte keine Antwort.

Neuter meldet aus Konstantinopel: General
Tomphens hat gestern Angora verlassen, um
nach London zurückzukehren. Der General sprach
in der Nationalversammlung seinen Dank für den
herzlichen Empfang aus und sagte, er habe
gesehen, daß

die Türkei stark und tatkräftig

sei. (1) Der Zweck seiner Reise sei gewesen, in
privater Eigenschaft für die Wiederherstellung
des Friedens zu wirken. Sein Besuch sei von Er-
folg gekrönt gewesen. Der General bemerkte noch,
er sei überzeugt, daß ein baldiger Friede möglich
sei, wenn die Griechen unverzüglich Kleinasien
räumen u. letzteres an die Türkei zurückgegeben
würde. Alle übrigen Punkte würden leicht zu re-
geln sein. Die Türkei wolle einen ehrenvollen
Frieden. Wenn die Friedensverhandlungen sch-
ließlichen, oder aufgebrochen würden, würde eine
ernste Lage entstehen.

Echon lassen die Vorgänge im Orient er-
kennen, daß das Machtspiel England-Frankreich
im Orient wieder in ein kritisches Stadium ge-
treten ist. Zwei Tatsachen verraten das offen:
Die Franzosen lehnen Schöff das Gesuch Grie-
chenlands, Konstantinopel zu besetzen, ab, — an-
dererseits landen die Griechen in Adosko Trup-
pen, die 25 000 schon überschritten haben. Die Ab-
sicht Griechenlands, die Mächte vor vollendete
Tatsachen in Kleinasien zu stellen, ist hierdurch
dokumentiert. Jedoch würden die Griechen es
nicht wagen,

100 Kilometer von Konstantinopel

solche Streitkräfte anzusammeln, wenn sie nicht
auf die geheime Zustimmung Englands bauten.
Der englisch-französische Gegenstand hier
wieder ohne weiteres, aber er wird für Grie-
chenland wenig Vorteile bringen, da es England
wohl darauf ankommt, der französischen Politik
im Orient entgegenzuwirken, also die Alliierten
nationalistischer in Angora zu stärken, daß es aber
nicht im Interesse Englands liegen kann, Grie-
chenland dabei Gewinne einzulegen zu lassen. Ge-
neral Tomphens Bericht in London gibt davon
ein gutes Bild. Für die europäische Lage sprich
vorläufig wenig heraus, daß die Besetzung Kon-
stantinopels durch die Griechen doch wohl von
beiden Mächten dauernd verhindert wird, ein
ernster Konflikt zwischen Frankreich und Eng-
land also kaum zu erwarten ist.

Letzte Drahtmeldungen.

Besprechungen über die Reparationsfrage.

Berlin, 1. August. Auch nach der Absendung
der heutigen Antwortnote an Poincare ist das
Problem nach wie vor politisch so aktuell, daß
Dauerbesprechungen in der Reichsanstalt stattfin-
den müssen.

Die Amnestie für politische Straftaten.

Berlin, 1. August. Das Reichsgesetz über
die Straffreiheit für politische Straftaten wie das
preussische Gesetz darüber soll nach einer Ver-
fügung des Justizministers mit Beschleunigung
zur Geltung gebracht werden. Die Strafvollstreck-
ungsbehörden haben die wichtigsten Straftaten
zu erledigen. Die Vollstreckung von Freiheits-
strafen ist sofort zu unterbrechen. In Haft befind-
liche Personen sind auf ihren Wunsch zur An-
bringung von Anträgen unverzüglich dem Ge-
richtssekretär vorzuführen.

Keine Zahlungsschwierigkeiten der Reichsbankstelle Breslau.

Berlin, 1. August. In der Nachricht, wonach
angeblich in Breslau beim Postsekretariat und bei
der dortigen Reichsbankstelle Zahlungsschwierig-
keiten wegen Mangel an Noten eingetreten sein
sollten, erfährt die Z. u. von der Reichsbank: Nach
genauen Erkundigungen bei der Reichsbankstelle
in Breslau ist dort irgend eine Zahlungsschwie-
rigkeit oder Zahlungsstockung nicht eingetreten.
Wie an allen übrigen Reichsbankstellen im deut-
schen Reich waren zwar auch in Breslau die
Zahlungsmittel bei der außerordentlichen Trans-
fernahme der Reichsbank am Monatsende
knapp. Es war nicht immer möglich, allen Anfor-
derungen in Bezug auf Geldrücklagen der Zah-
lungsmittel nachzukommen. Es ist eine ernsthafte
Stockung oder eine Zahlungsunfähigkeit in Bres-
lau ebenso wenig eingetreten, wie in irgend ei-
ner anderen Stelle im Reich. Die Schwierigkeit
der Auszahlung am Monatsende haben sich durch
langen Streik in der Reichsbankdruckerei für die
Reichsbank sehr verzögert, so daß es nur mit
höchster Kraft und Anstrengung gelungen ist,
allen Anforderungen zu genügen. In manchen
Fällen ließ es sich allerdings nicht vermeiden, daß
die einzelnen Geldabholer länger als sonst war-
ten mußten, ehe ihre Ansprüche befriedigt werden
konnten. Da der Streik der Reichsbankdruckerei schon
seit längerer Zeit besteht, kann aber mit Be-
stimmtheit damit gerechnet werden, daß bei künf-
tigen besonderen Beanspruchungen die Reichs-
bank wieder in der früheren Weise den Verkehr
vollkommen glatt erledigt.

Drei Dokumente für die Schuld Deutschlands am Kriege.

Paris, 1. August. Das „Echo National“,
das Blatt Tardieu, teilt drei neue Beweise für
die bewiesene Ueberlegung, die Deutschland bei den
Vorbereitungen für den Krieg gezeigt habe, mit.
Es handelt sich um drei angebliche Dokumente,
die im Elisee gefunden worden sind. Das erste
dieser Dokumente sei eine Instruktion an die
deutschen Stationen für drahtlose Telegraphie
vom Tage der Absicht Poincares aus Rußland.
Diese Instruktion lautet: Da der Präsident der
französischen Republik sich einschiffte hat, sind
die nötigen Dispositionen zu treffen, um die
drahtlose Verbindung mit dem Schiff des Präsi-
denten zu sichern. Diese Einwirkung darf natür-
lich nicht bemerkt werden. Am nächsten Tage
folgte die zweite Instruktion. Der zweite Teil
der früheren Instruktion gilt nicht. Von jetzt an
sind alle Verbindungen vollständig zu unterbre-
chen. Die dritte Instruktion sei in der Gegend
von Meck aufgefunden worden. Sie lautet aus-
gezeichnet: 29. Juli 1914. Von heute mittag an wer-
den die Deckungsstruppen ihre Dispositionen
treffen. Das Blatt Tardieu regt an, alle Dokum-
ente dieser Art zu sammeln und zu veröffentli-
chen.

Amerika und die deutschen Ansprüche.

New York, 1. August. Staatssekretär Hughes
bezeichnete die vom Senator Underwood einge-
brachte Bill über die deutschen Kriegsansprüche
als unzulässig, da sie die Verhängung von Be-
schlagnahme verlangen und einen deutschen Ver-
treter in den Senatsausschuss ausschließen.

Vorfälle in Konstantinopel.

Paris, 1. August. Aus Konstantinopel wird
von der Mitte der neutralen Zone neue Grenz-
scharmützel gemeldet, zwischen regulären grie-
chischen Truppen und türkischen Gendarmen. In
Konstantinopel herrscht unter der Bevölkerung
Unruhe. Nachrichten von einem bevorstehenden
griechischen Einmarsch bringen große Aufregung.
Viele Familien der einzelnen Stadtteile sind
nach der anderen Seite des Bosporus gezogen.
Die Polizei mußte einschreiten, um eine Panik
und Unruhe zu verhindern, da ansässige Griechen
gegen die türkische Bevölkerung Kundgebungen
veranstalteten.

England gegen Griechenland.

London, 1. August. Die englische Re-
gierung teilt der griechischen Regierung mit, daß sie
jeden Vorstoß gegen Konstantinopel abzuwehren
entschlossen sei.

Handelsteil.

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 1. August. Durch den Rückgang der
Devisen war auch eine schwache Tendenz am
Produktenmarkt am Vormittag nicht zu verken-
nen. Der Markt verkehrte bei großer Zurückhal-
tung der Käufer. Besonders Interesse bestand
nur für Hefe und Gerste, die vom Westen dau-
ernd gefragt bleiben und von den Verkäufern
nicht viel unter dem gestrigen Stand abgegeben
wurden. Weizen ist ruhiger. Die Mühlen zeigen
mehr Vorhalt. Mais war aus weiterer Hand ver-
kaufsbereitwilliger angeboten. Weizen ebenfalls
ruhig. Futterstoffe hatten gestern in den Provin-
zen großes Geschäft, heute aber still.
Säfer 1250, Weizen-Mais 1130, Sommergerste 1400.

Rauchfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggen- und Weizenstroh 220-
225; Drahtgepresstes Weizenstroh 220-225; Weizenstroh
215-245; Weizenstroh 215-245; Weizenstroh 215-245;
Krautstroh 180-210; Häcksel 205-205; Weizen-
stroh 430-500; Getreide 500-570.

Der

Unheil a
Markt herau
Dollarkauf
hat die fest
deutsche Ge
Zahlungen
und unabh
Dollars bis
lassen. Die
von den deu
aus. Schon
kann werden
kurs auf 0,1
Finanz Her
mohin seine
serpolitisch
die Amerika
Dierüber be
einandergehe
ist, daß an
lung nach d
neuesten Re
teille und u
arzeit am
zeichnen. D
Deutschland
Deutsches
teilweise,
Frankreich a
der wirtschaft
Man vermei
besonders au
gegenüber ei
Juni sei es
durch ein M
es unaufhalt
Wirtschaft un
tution entge
urteiler richt
land und er
sen der Re
würde in ih
Gesuch um E
durch Weich
sich die Reic
französische
Dinge liegen
Wehrbesche
den entschloss
eine Revoluti
den könnte,
also wohl no
solange bis
wird, daß an
berausgepre
kampf dauere
an. Am 1. J
auf dem neu
hunderttunne
auf 298 (wel
Juni auf 310
ging es rapid
kurs von 530
ging es rapid
ein Kurs von
solcher von 53
mehr geht de
von 650 (sch
wicklung so
wurde, ist bi
brochen wird
versehen ein
darüber De
halb gemal
man nicht im
bestand der
schen Wirtschaft

Aus Ca

1/2 Deutsch
alle der Des
im Saale der
sammlung no
Da unter an
kommenden S
kung zur De
soll, ist mögl
Mittels der
A Der Ju
der Notiz: A

Ein

17
Roman
Der Fremde fu
übergab mir der
nen und versiege
Gewahrsam behalt
den Tage im Gef
Erklärungen bezi
hun hätte, befand
Ehrenwort mußte
her zu lösen, was
Noch am nächsten
seine Augen zum
ter, am Morgen n
im Amtszimmer ei
lamentes, welchem
der Thronprätend
perdignatsrechtl
hatten, fanden sich
nur für einen Ein
mungen, von dem
daß keine seiner
Tage verheiratet
gewisser Ansprüche
dieser Ansprüche al
gemein mit einem
tichte und zugleich
aber war ein Har
Schwager bestimm
hieß es ungefähr:
türlich genau bezei
— oder, falls die
sein sollte, die Ueb
sich gewisser Dokum
mit getrocknete W
ganzung oder Wän
gen. Ueber die Pr
verschaffen haben,
ergehen lassen. Un
die Vereinbarunge
ben, zur Pflicht, je
legend welche auf je
den Verhandlungen

Unheil über Unheil zieht über die totkrankte Mark heran. Das uns der Reichenau-Nord der Dollarkrant von über fünfzehnhundert gebracht hat die letzte Note Poincares, durch die er das deutsche Gesuch um Herabsetzung der Clearing-Zahlungen mit einem unverhüllten Ultimatum und unerhörten Drohungen beantwortete, den Dollarkrant bis auf sechshunderdfünfzig emporschießen lassen. Diesmal geht die Marktentwertung nicht von den deutschen Börsen, sondern von New York aus. Schon am Sonnabend sank dort nach Bekanntwerden der französischen Note der Markkurs auf 0,15% Centa. Will die amerikanische Finanz-Herrn Poincare recht augenfällig zeigen, wohin seine unfinnige Ultimatum- und Exportsperrepolitik zwangsläufig führen muß, oder gebe die Amerikaner Deutschland endgültig verloren. Hierüber herrschen auch in Deutschland recht ausnandergehende Auffassungen. Die Folge davon ist, daß an der Berliner Devisenbörse die Stimmung nach dem Eintreffen der Nachrichten von neuem New Yorker Markkurs eine recht geteilte und unheilige war. Man kann die Lage jetzt am besten als eine völlig nebelhafte bezeichnen. Die Feinsinnigen sind der Ansicht, daß Deutschland nunmehr endgültig die Bege Deutsch-Oesterreichs wandeln müsse und daß es selbst ein teilweises, kurzes Moratorium, wie es von Frankreich allein zu erwarten sei, nicht mehr von der wirtschaftlichen Katastrophe bewahren könne. Man verweist zur Unterstützung dieser Auffassung besonders auf die Darlegungen Wanderlins, des gegenüber einem Pressevertreter erklärt hat, im Juni sei es noch möglich gewesen, Deutschland durch ein Moratorium zu retten, jetzt aber sei es unaufhaltsam dem Zusammenbruch seiner Wirtschaft und damit einer neuen sozialen Revolution entgegen. Die hoffnungsfruchtbareren Beurteiler ridten ihre Blicke besonders nach England und erinnern daran, daß man in den Kreisen der Reparationskommission erklären, diese würde in ihrer Mehrheit zweifellos das deutsche Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen durch Mehrheitsbeschluß bewilligt haben, wenn sich die Reichsregierung an sie und nicht an die französische Regierung gemeldet hätte. Aber die Dinge liegen doch viel zu schwierig, als daß ein Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission den entlastenden Widerstand Frankreichs gegen eine Revision des Versailles-Vertrages überwinden könnte. Der Todeskampf der Mark wird also wohl noch eine Weile andauern, mindestens solange bis auch Frankreich sich überzeugt haben wird, daß aus Deutschland auch mit Gewalt nichts herausgepreßt werden kann. Dieser Todeskampf dauert nun schon fast das ganze Jahr 1922 an. Am 1. Dezember 1921 stand der Dollarkrant auf dem ungewöhnlich niedrigen Stande von 190 (sechshundertneunzig) Mark, am 1. April 1922 war er auf 298 (zweihundertachtundneunzig) Mark, am 15. Juni auf 310 (dreihundertzehn) gestiegen. Dann ging es rapide vorwärts. Am 26. Juni war er auf 400 (vierhundert) gestiegen. Am 7. Juli ein solcher von 530 (fünfhundertdreißig) geschien. Dann ging es rapide „vorwärts“. Am 27. Juni war er auf 650 (sechshundertfünfzig) gestiegen. Am 7. Juli ein solcher von 530 (fünfhundertdreißig) erreicht. Nunmehr geht der Juli noch mit einem Dollarkrante von 650 (sechshundertfünfzig) aus. Geht die Entwicklung so weiter und, wie oben eingeschätzt wurde, ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie unterbrochen wird, recht gering, so wird, ehe wir uns versehen ein Dollarkrant von tausend Mark und darüber Deutschland's Wirtschaft's Scheinsfuß darstellend gemalt werden. Denn darüber darf man nicht im Zweifel sein, daß diesmal der Todeskampf der deutschen Mark auch der der deutschen Wirtschaft sein wird.

½ Deutscher Jugendbund Gastrop. Die Mitglieder des D. N. A. werden auf die heute abend im Saale der Wirtshaus Rueg stattfindende Versammlung noch einmal nachdrücklich hingewiesen. Da unter anderem alles Nähere über die am kommenden Sonntag stattfindende Tageswanderung zur Dechenhöhle bekannt gemacht werden soll, ist möglichst vollständiges Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

Roman von W. Waldbrodt.

Der Fremde fuhr nach kurzer Pause fort: „Zugleich
übergab mir der Vater der Zwillinge einen verschlossen-
en und versiegelten Briefumschlag, den ich in sicherem
Gewahrsam behalten und ebenfalls an dem betreffen-
den Tage im Beisein seiner Töchter öffnen solle. Die
Erklärungen bezüglich dessen, was ich dann weiter zu
thun hätte, befanden sich in dem Briefe. Mit meinem
Ehrenwort mußte ich versprechen, die Siegel nicht frü-
her zu lösen, was auch immer sich ereignen möge. —
Noch am nämlichen Abend schloß mein armer Freund
seine Augen zum letzten Schummer. Vier Tage spä-
ter, am Morgen nach seiner Bestattung, erfolgte dann
im Amtszimmer eines Notars die Eröffnung seines Te-
stamentes, welchem Akt natürlich auch sein Schwager,
der Thronpräsident, beiwohnte. Außer Verfügungen
vermögensrechtlicher Natur, die nichts Ueberfallendes
hatten, fanden sich in dem letzten Willen auch gewisse
nur für einen Eingeweihten ganz verständliche Bestim-
mungen, von denen die wichtigsten jedenfalls die war,
daß keine seiner Töchter sich vor einem bestimmten
Tage verheirathen oder verloben dürfe, wenn sie nicht
gewisser Ansprüche verlustig gehen wolle. Der Verlust
dieser Ansprüche aber wäre in der That gleichbedeutend
gewesen mit einem Verzicht auf Millionen. Das Wich-
tigste und zugleich Bedenklichste in diesem Testament
aber war ein Paragraph, der ausdrücklich für seinen
Schwager bestimmt schien. Denn in diesem Paragraph
hieß es ungefähr: An dem und dem Tage — der na-
türlich genau bezeichnet war — werden meine Töchter
— aber, falls die eine oder die andere schon verstorben
sein sollte, die Ueberlebende von ihnen — in den Be-
sitz gewisser Dokumente gelangen, die auf früher von
mir getroffene Abmachungen Bezug haben und eine Er-
gänzung oder Abänderung dieser Abmachungen bedin-
gen. Ueber die Art, wie sie sich diese Dokumente zu
verschaffen haben, habe ich die nöthigen Anweisungen
ergehen lassen. Und ich mache es demjenigen, mit dem
die Vereinbarungen seinerzeit von mir getroffen wur-
den, zur Pflicht, jenen Zeitpunkt abzuwarten, ehe er
irgend welche auf jene Abmachungen bezügliche Schritte
zu Sandwegen unternimmt. Mein Freund — hier

Aun wohl — wenn es so ist, so brauche ich es nicht zu erzählen. Der Prätendent — ich will ihn zukünftig den Kurfürsten nennen, obwohl er in Wirk-

Esien. (Haltlose Gerüchte). Immer wieder hört man in weiten Kreisen des Industriegebiets erzählen, bei Krupp werde sicherhaft an Munition und Geschüßen gearbeitet. Das Gerücht ist wiederholt nicht nur von deutscher Seite, sondern auch im englischen Parlament in schärfster Form als frasse Erfindung gekennzeichnet worden. Jeder, der auch nur oberflächlich über die einschlägigen Verhältnisse unterrichtet ist, weiß, daß den Augen der zahlreichen in Esien tätigen Intellisiren Ueberwachungsoffizieren nicht ein Stük entstehen würde, das mittelbar oder unmittelbar mit Kriegsmaterial oder dessen Herstellung zu tun hat. Ein für allemal muß aber festgestellt werden, daß bei Krupp mit Ausnahme einiger weniger Stüde, die unter Aufsicht und unter Aufsicht der Verbandskommission für ehemals feindliche Staaten aus deren Vorrathsanstalten fertiggestellt werden, sich nicht ein Geschö, Geschweize denn Geschüß, in Arbeit befindet. Zur Geschöherstellung sind überhaupt keine Maschinen mehr vorhanden, und auch die Geschüßfabrikation würde selbst wenn das Verbot des Verbandes nicht bestünde, in irgendeine nennenswerthe Umformung nicht wieder aufgenommen werden.

lichkeit Anspruch auf einen noch stolzer klingenden Titel hat, konnte zwar bei der Verlesung des Testaments seine Ueberaschung und sein Unbehagen nur mit Mühe verbergen, und aus dem Blick, den er mir zuwarf, erkannte ich fogleich, daß ich in ihm fortan einen Lobfeind haben würde. Aber schon nach Verlauf einiger Minuten hatte er seine Haltung wiedergewonnen und gab sich den Anschein, als ob jener letzte Paragraph des Testaments für ihn nicht das mindeste Interesse hätte. Gegen die verwaisten Zwillinge war er von überströmender Herzlichkeit und Güte. Er erklärte, daß sie selbstverständlich fortan in seinem Hause ein neues Heim finden würden. Und da ich wieder ein gesetzliches Recht, noch nach dem ausdrücklich kundgegebenen Willen des Verstorbenen eine Veranlassung hatte, es zu verhindern, mußte ich es wohl gesehen haben, daß er sie nach kurzer Zeit mit sich in seine weit von ihrem bisherigen Wohnsitz entfernte Heimat nahm. Wie es ihnen dort ergangen ist, wissen Sie nach Ihrer Erklärung bereits aus dem Munde der Zorba. Als es ihm mit Schmelzeleien, klüglichen Ueberredungsversuchen und heuchlerischer Geheimnißerei nicht gelang, sie zur Preisgabe der gefährlichen Geheimnisse zu bewegen, führte er sie auf ein abgelegenes altes Schloß, wo er sie im einschlüpfenden Sinne des Wortes als Gefangene hielt, und so er es mit Torturen versuchte, deren sich ein mittelalterlicher Senkrecht nicht hätte zu schämen brauchen. Da sowohl die Dienerschaft wie die auf niedriger Kulturstufe stehende umwohnende Bevölkerung in rechtlicher Abhängigkeit von ihrem strengen Gebieter standen, und da die Mädchen ebensowenig wie die Gesellschaftlerin über irgend welche Geldmittel verfügten, war jeder Gedanke an eine Flucht, die sich nur mit fremder Hilfe hätte bewerkstelligen lassen, ausgeschlossen. Und die beiden Mädchen wurden sich noch heute der Gewalt des Innenherrschen befinden, wenn nicht die Zorba, die eine ebenso verschlagene als treue Person doch zuletzt eine Möglichkeit gefunden hätte, sich heimlich mit mir in Verbindung zu setzen. Ja, sie that sie sich sogar dadurch, daß sie scheinbar seine schändlichen Absichten unterstützte, zuletzt sein volles Vertrauen zu gewinnen. Und auf diese Weise konnte es mir in ihrer Unterthänigkeit gelingen, die armen gemarterten Mädchen in einer himmlischen Nacht aus ihrem Kerker zu befreien. Hätten uns unsere Verfolger einsehen können, hätte es nicht anders ausgefallen.

In der Besichtigung herrscht die Befürchtung, daß auch Hamborn mit in das besetzte Gebiet einbezogen werden soll, zumal erst kürzlich nach einer Verordnung des kommandierenden Generals der belgischen Wehrungsarmee der Kommandant des Brückenkopfes Duisburg-Austrich den Oberbürgermeistern von Hamborn, Dierhausen und Mülheim-Auhr entsprechende Befehle zugehen ließ. Nach dieser Befehlung gelte die von der Besatzungsbehörde für die neubesetzten Gebiete erlassenen Befehle jetzt auch schon für die Wehrungszone, zu der das ganze Hamborner Stadtgebiet sowie Teile von Dierhausen u. Mülheim-Auhr zählen.

Jos. Neidt & Söhne, Mechanische Werkstatt,
Ankerwickerei.
Castrop-Schwerin. Telefon Amt Castrop 427

„Ich dachte daran,“ fuhr der Unbekannte fort, „die Kinder in irgend einer Familie unterzubringen. Als auch das schien mir bei dem Charakter des Fürst nicht geraten. Ich ließ sie also zunächst unter einem erhabenen Namen mit ihrer treuen Gesellschafterin Anhalt in verschiedenen Kurorten nehmen und wählten, weil sie doch nicht beständig in der Welt herumreisen konnten, das Städtchen zu ihrem Aufenthalt. Ich veranlaßte sie zu einem sehr einfachen und eingetragenen Leben, damit sie niemandes Aufmerksamkeiten erregten, überzeuge mich, so oft ich es ermögli- chen konnte, durch persönliche Besuche von ihrem Wohle, gehen und lebte mich immer tiefer in die Hoffnung ein, daß es dem Fürsten und seinen Anhängen nicht gelingen werde, ihre Zukunft auszuhandeln. — Darauf, da er sich im Falle einer Entdeckung so fürchterlicher, verheerender Mittel bedienen konnte, war ich selbst in meinen schlimmsten Befürchtungen nicht vorbereitet.“

(Fortsetzung folgt.)

